

## RECHTSEXTREMISMUS

# Das Kreuz mit dem Hakenkreuz

Nach Jahren vergeblicher Vorstösse will die Rechtskommission des Nationalrats Nazismbole nun doch verbieten – am liebsten mit einem Spezialgesetz.

VON ADRIAN RIKLIN



FOTO: HARTMUT MÜLLER-STAUFFENBERG, IMAGO

Das öffentliche Zurschaustellen von rassistischen Symbolen und Gesten ist in der Schweiz nicht strafbar. Sogar Hakenkreuz und Hitlergruss können ungestraft in der Öffentlichkeit gezeigt werden. Bekräftigt wird diese Praxis durch ein Bundesgerichtsurteil aus dem Jahr 2014: Darin ging es um einen Neonazi, der im August 2008 an einer Veranstaltung der Partei National Orientierter Schweizer (Pnos) auf dem Rütli vor den Augen von Spaziergängerinnen und Polizisten einen Hitlergruss gezeigt hatte. Der Mann, so das oberste Gericht des Landes, habe damit «nur seine Gesinnung kundgetan» (siehe WOZ Nr. 23/14).

Die Verbreitung rassistischer und antisemitischer Symbole ist demnach nur strafbar, wenn damit aktiv für eine entsprechende Ideologie geworben wird. Die Nutzung unter Gleichgesinnten dagegen, selbst in der Öffentlichkeit und unter Berücksichtigung einer erhöhten medialen Aufmerksamkeit, ist nicht strafbar – eine Gesetzeslücke, die Neonazis immer wieder gezielt ausnutzen.

Sämtliche Versuche, ein Verbot von Zeichen wie dem Hakenkreuz im öffentlichen Raum zu erwirken, sind bislang gescheitert. Zuletzt wies der Bundesrat eine entsprechende Motion der Mitte-Politikerin Marianne Binder ab, unter anderem mit der Begründung, dass die «öffentliche Sympathiebekundung für eine diskriminierende Ideologie» noch keine Propaganda sei und die gesellschaftliche Mehrheit auch «stossende Ansichten» aushalten müsse.

Auch zog die Regierung ein Argument herbei, mit dem sie schon früher ähnliche Vorstösse zur Ablehnung empfohlen hatte: Prävention sei wichtiger als strafrechtliche Repression (siehe WOZ Nr. 8/22) – als ob den Befürworter:innen eines Verbots rassistischer Propaganda nicht auch klar wäre, dass sich mit Strafrecht allein keine gesellschaftspolitischen Probleme lösen lassen. Noch zynischer hallt heute – nachdem nationalsozialistische Symbole, insbesondere antisemitische Provokationen, wieder zugenommen haben – die Behauptung des damaligen Bundesrats nach, die Motion entspreche «keinem dringenden gesellschaftlichen Bedürfnis».

## «Absolut unverständlich»

Nun aber hat ein neuer Anlauf für ein Verbot solcher Symbole eine erste Hürde genommen: Letzte Woche hat die Rechtskommission des Nationalrats mit zwölf zu elf Stimmen einer vom Zürcher SP-Nationalrat Angelo Barrile eingereichten parlamentarischen Initiative stattgegeben. Anders als seine Parteikollegin Gabriela Suter, die in ihrem Vorstoss dafür plädierte, das Verbot in die Antirassismustrafnorm aufzunehmen, lässt Barrile aber offen, ob die Umsetzung des Verbots von «der All-

gemeinheit gut bekannten Symbolen wie etwa dem Hakenkreuz» in der Strafnorm oder in einem Spezialgesetz erfolgen soll.

Die Kommission hat allerdings auch einen eigenen Vorschlag ins Prozedere geschickt, der bewusst auf ein Spezialgesetz zielt und noch ausschliesslicher auf Nazismbole fokussiert – und mit ebenfalls zwölf zu elf Stimmen angenommen wurde. Er bezieht sich unter anderem auf den Mitte Dezember veröffentlichten Bericht des Bundesamts für Justiz, den die damalige Justizministerin Karin Keller-Sutter in Auftrag gegeben hatte. Auch dieser kommt zum Schluss, dass ein Spezialgesetz am ehesten umsetzbar wäre.

Das Thema Rassismus beschäftigt Barri- le schon lange. «Dass Symbole wie das Hakenkreuz, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung von Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion zielen, straflos in aller Öffentlichkeit gezeigt werden dürfen, ist mir absolut unverständlich.»

Schon vor vier Jahren hatte der Zürcher Hausarzt in einer Motion gefordert, rassistische Symbole zu verbieten. Auch diese Motion empfahl der Bundesrat zur Ablehnung – worauf sie im Nationalrat nicht einmal debattiert wurde. Für seinen neuen Anlauf wählte Barri- le die parlamentarische Initiative, weil diese direkt in die zuständige Kommission geht und zwingend im Rat debattiert werden muss. «Mit der Konzentration auf allgemein bekannte Symbole wie das Hakenkreuz erhoffte ich mir eine grössere Mehrheitsfähigkeit. Trotzdem habe ich eine offenere Formulierung gewählt, die ein umfassenderes Verbot ermöglicht.»

## Schneller und nachvollziehbarer

«Wir begrüssen diesen pragmatischen Vorschlag der Rechtskommission sehr, unterstützen aber auch die Initiative von Barrile», sagt Jonathan Kreutner, Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds. Angesichts dessen, dass bisherige Versuche daran scheiterten, dass keine Einigung über eine Liste solcher Symbole erzielt werden konnte, geht auch er davon aus, dass eine Fokussierung auf Nazismbole schneller und nachvollziehbarer zu einer rechtlichen Lösung führen könnte.

Eine künftige Erweiterung, so Kreutner, sei damit ja nicht ausgeschlossen. Wobei es um weit mehr als um «reine Symbolpolitik» gehe, wie von verschiedenen Seiten zuweilen behauptet werde: «Der Handlungsbedarf hat sich mit den vielfachen Vorfällen in diesem Graubereich, nicht zuletzt auch rund um die Coronademonstrationen, noch einmal verschärft. Dass so etwas in der Öffentlichkeit Raum hat, ist unhaltbar.» Es gehe nun darum, einen Anfang zu machen und ein klares Zeichen zu setzen.

## GROSSRAUBTIERE

# Sind siebzehn Rudel genug?

Dass es eine Regulierung der Schweizer Wolfsbestände braucht, bestreitet heute kaum mehr jemand. Umstritten bleibt, wie das geschehen soll. Und eine grosse Frage ist ungeklärt: Hilft der Wolf dem Wald?

VON BETTINA DYTTRICH

Der Wolf ist zurück. Und wie: Aktuell leben in der Schweiz 23 bis 25 Rudel, insgesamt etwa 200 Tiere. Wölfe breiten sich vor allem in Graubünden und im Wallis aus, aber auch im St. Galler Oberland, in Glarus und im Waadt- ländler Jura. Vor elf Jahren entstand das erste Rudel, vor fünf Jahren waren es vier – dann ging es schnell. Obwohl das Budget für den Herdenschutz mehrmals erhöht wurde, rissen Wölfe letztes Jahr erstmals über tausend Nutztiere, vor allem Schafe. Manchmal attackieren sie auch Rinder.

In der Wintersession hat der Nationalrat nun das Jagdgesetz geändert. Er folgte dabei dem Ständerat. Neu können Wölfe auch präventiv geschossen werden, um künftige Schäden zu verhindern.

Auf den ersten Blick schienen die Konfliktlinien wie immer: Links-Grün betonte, der Wolf sei wichtig für die Ökosysteme, und plädierte für einen Regulierungsvorschlag, hinter dem auch die Umweltverbände standen. Mitte-Rechts führte die Sorgen der Bauern und der Älplerinnen ins Feld – und setzte sich durch. Damit kann der Wolf künftig ähnlich wie der Steinbock im Herbst gejagt werden.

Doch der Minderheitsantrag, den die Umweltverbände unterstützten, stammte nicht von Links-Grün, sondern vom Aargauer FDP-Nationalrat Matthias Jauslin. Er wollte es ermöglichen, Wölfe das ganze Jahr zu schiessen, aber nur dort, wo sie Probleme machen, etwa mit Zäunen und Hunden geschützte Schafe reissen. «Wenn man den Wolf erziehen will, muss man ihn zur richtigen Zeit am richtigen Ort schiessen. Sonst lernen die Wölfe nichts.» Jauslin macht sich Sorgen um den Wolf: «Ich höre immer noch viele – auch Politiker –, die ihn ausrotten wollen.» Er fürchtet, dass mit dem «Steinbockmodell» die falschen Tiere geschossen werden. Dem Entscheid sei ein Powerplay der Bergkantone vorausgegangen.

Auch die grüne Berner Nationalrätin Christine Badertscher scherte aus. Sie unterstützte zuerst Jauslins Antrag, nahm in der Schlussabstimmung jedoch das «Steinbockmodell» an – im Gegensatz zu ihrer Fraktion. «Ich weiss von Älplern, welche riesigen Probleme der Wolf macht. Manche mussten letzten Sommer früher ins Tal zurück.» Die Arbeit auf der Alp sei ohnehin extrem streng. Wenn dann noch Wolfsangriffe dazukämen, bringe das viele an den Rand. «Herdenschutz ist wichtig, löst aber nicht alle Probleme.»

## «Riskieren eine Eskalation»

Was sagen Fachleute, die sich intensiv mit dem Wolf beschäftigen? Urs Leugger-Eggimann, Geschäftsleiter von Pro Natura, ist enttäuscht. Wie Jauslin sagt er: «Wenn man eingreift, sollte man das zeitlich und räumlich möglichst nah beim Schaden tun.» Mit dem jetzigen Beschluss könnten auch Wölfe geschossen werden, die überhaupt keine Probleme machten. «Es gibt aber keinen Grund, den Wolf ohne Schadensbezug zu regulieren.» Die Population nehme zwar zurzeit stark zu, «das Wachstum wird aber abflachen und stoppen, wenn in allen geeigneten Territorien Rudel leben. So reguliert sich der Bestand selbst.» 2020 haben die Umweltverbände das Referendum gegen die Jagdgesetzrevision gewonnen, die den Wolfsschutz lockern wollte. Dieses Mal haben kleine Gruppen wie CH Wolf das Referendum ergriffen. Die grossen Umweltverbände unterstützen es nicht.

Eine Frage wird kontrovers diskutiert: Ist der Wolf im Alpenraum noch gefährdet? Wie gross muss eine überlebensfähige Population zwischen Wien und Nizza sein? Eine internationale Studie im Auftrag der Grossraubtierforschungsorganisation Kora kam vor sieben Jahren zum Schluss, dass in der Schweiz mindestens siebzehn Rudel leben müssten. Jetzt sind es schon über zwanzig – kein Wunder, dass Bergkantonsvertreter:innen die Stu-

die gern zitieren. «Die siebzehn Rudel sind eine Minimalzahl, die jetzt als Maximalzahl verkauft wird», kontert Leugger. «Wir sollten keine Maximalzahl festlegen, sondern dort eingreifen, wo es Probleme gibt.»

Daniel Mettler begrüsst hingegen den Entscheid des Parlaments. Der ehemalige Schafhirt leitet seit bald zwei Jahrzehnten die Fachstelle Herdenschutz des Bundes. «Die Wolfspopulation wächst so stark, dass der Herdenschutz nicht mehr mitkommt.» Dass sich der Wolfsbestand langfristig selbst regulieren würde, wenn alle Reviere besetzt wären, räumt auch Mettler ein. «Aber wir leben nicht in der Wildnis. Wenn wir jetzt abwarten, riskieren wir eine Eskalation, noch viel mehr Risse. Und im Eskalationsmodus findet man keine Lösungen.»

Damit das Nebeneinander von Wolfsrudeln und Nutztierhaltung einigermaßen funktioniere, sollte der Wolfsbestand nicht mehr stark wachsen, sagt Mettler. Darum befürwortet er das beschlossene «Steinbockmodell». «Wichtig ist, dass man sehr genau und professionell plant, welche Wölfe man abschiess, und sich auf Rudel konzentriert, die viel Schaden anrichten.» Da die Wildhüter:innen für die Planung der Wolfsjagd zuständig seien, werde die Regulierung professionell ablaufen, ist Mettler überzeugt.



Canis lupus lupus

## Nicht wie Yellowstone

Viele Forstfachleute sehen die Rückkehr des Wolfes positiv. Denn Rehe, Hirsche und Gämsen knabbern gern an jungen Bäumen und gefährden den

Schutzwald. Und in der Schweiz leben immer mehr Rothirsche – mittlerweile fast 40 000. «Der Wolf jagt dieses Schalenwild und hilft so dem Wald», sagt Urs Leugger. Mit dem Nutzen des Wolfes für den Wald argumentierten auch Grüne wie Bastien Girod im Parlament.

Ralph Manz, Wolfsspezialist bei Kora und von Beruf Förster, ist skeptisch. «Es gibt Studien aus grossen Nationalparks wie Yellowstone in den USA oder Bialowieza in Polen, die zeigen, dass Wolfsrudel Schalenwildbestände und damit auch Bäume und Sträucher beeinflussen. Diese Studien wurden aber in Lebensräumen ohne menschlichen Einfluss gemacht.» Deshalb liessen sich die Ergebnisse nicht auf Kulturlandschaften wie die Alpen übertragen, wo sich der menschliche Einfluss und jener der Wölfe überlagerten. «Aussagekräftige Studien zu diesem komplexen Thema sind sehr aufwendig. Die Wissenschaft ist daran, aber für Resultate ist es zu früh.»

«Die Gleichung <Wolf = weniger Wild = weniger Verbiss> trifft nur bedingt zu», schreibt auch die Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft. «Jäger dürften in der Schweiz mindestens während der Jagdsaison einen deutlich stärkeren direkten und indirekten Einfluss auf die wild lebenden Huftiere haben als Wölfe.» Leugger sagt: «Aber es gibt Erfahrungswissen. Er sehe wieder mehr junge Weisstannen, hat mir ein Förster aus der Surselva erzählt.»

Bei allen Kontroversen – in einem wichtigen Punkt sind sich die Beteiligten nähergekommen: Auch die grossen Umweltverbände bekämpfen die Regulierung der Wolfsbestände nicht mehr grundsätzlich; gestritten wird über das Wie. Und fast allen ist klar: Einfache Lösungen gibt es nicht. «Es ist wichtig, dass wir die Betroffenen unterstützen», betont Leugger. «Niemand soll sich mit den Herausforderungen rund um den Wolf allein gelassen fühlen.»

Und Daniel Mettler sagt: «Auch mit der Regulierung hören die Konflikte nicht auf. Die Wölfe gehen dorthin, wo es ihnen gefällt.» Er plädiert für einen nüchternen Umgang mit dem umstrittenen Tier: «Wir sollten den Wolf weder idealisieren noch dämonisieren. Beides hilft nicht weiter. Wir sollten ihn hegen und pflegen wie andere Wildtiere auch. Dazu gehört auch die Regulierung.»